



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 25. Oktober 1884.

Nr. 500.

Deutschland.

Berlin, 24. Oktober. In Braunschweig hat, wie dem „S. L.“ ein Privattelegramm von dort meldet, die Proklamation des Herzogs von Cumberland Niemanden zu überzeugen vermocht, daß die Sache ernst zu nehmen sei. Man spöttelt über die Zuversicht des Prinzen und hält seinen Anspruch auf den braunschweigischen Thron durch die halböffentliche Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ für definitiv beseitigt. Niemand fürchtet sich mehr zu compromittiren, wenn er dies offen anspricht. Die anfängliche Abneigung einiger Hoflieferanten und ähnlicher Geister, eine Adresse an den Herzog von Cumberland zu richten, ist nicht über den Einfall selbst hinausgekommen; trotzdem hatte die Polizei Wind davon und bemühte sich, die Ausführung zu unterbinden, was nicht einmal nöthig gewesen wäre.

Welchen Eindruck die Proklamation unter den Weisen in Hannover machen wird, das dürfte davon abhängen, ob man aus derselben einen Verzicht auf Hannover herausliest oder nicht. Bei der vorsichtigen Art, wie der Herzog sich ausdrückt, ist es immerhin möglich, daß seine Rundgebung Wasser auf die Mühle der Welfenbegeisterung ist, und dann wird deren Gekloppe sich bald genug wieder lauter vernehmbar machen. Aber Gekloppe bleibt es doch. Es mag ja für die Verehrer der Welfenherlichkeit ein erhebender Gedanke sein, daß ihr angestammtes Oberhaupt jetzt nicht nur in einem, sondern sogar in zwei Ländern nicht regiert; die übrige Welt aber wird für sich einen beiseitenden Triumph nur ein mittelbares Rächeln haben.

Aus Braunschweig, 23. Oktober, schreibt man noch: „Während die Trauerfeier in der Nacht in der schönsten Ordnung verlaufen ist, sind heute leider einige Unordnungen vorgekommen. Zu der Ausstellung der Leiche im Schlosse zogen so viele Tausende hin, daß der Schloßplatz am Nachmittag ganz mit Menschen gefüllt war. Der Anbruch wurde so gewaltig, daß man die Thür des Gartensaales, in welchem der Sarg steht, schließen mußte. Die Menge wurde ungeduldig, und die Polizei vermochte die Ordnung nicht mehr aufrecht zu erhalten. Dem bevorstehenden Auftreten der Polizei und des Militärs gelang es jedoch schließlich, die Menge zum Auseinandergehen zu bewegen, ehe es zu eigentlichen Ausschreitungen kam. Es ist aber absolut unmöglich, den Wünschen aller Derer Genüge zu leisten, welche die Leiche des Herzogs sehen wollen.“

Freiherr v. Normann, bekanntlich bis vor Kurzem der Kammerherr des Kronprinzen und jetzt Gesandter Preussens an den Höfen von Oldenburg und Braunschweig, ist nach Braunschweig abgereist. Man schreibt ihm eine besondere Mission zu, von der es heißt, daß sie an den Herzog von Cambridge gehe, der zu den Besetzungserleichterungen bereits in der alten Welfenstadt eingetroffen ist.

Ueber die Umgestaltung des preussischen Medizinalwesens soll bereits ein Gesetzentwurf angefertigt sein. Angeblich besteht die Absicht, diesen Entwurf demnächst dem preussischen Landtage vorzulegen. Der Entwurf steht in keiner Weise im Widerspruch mit den Beschlüssen des zehnten deutschen Aerztetages und auch nicht mit den auf dem neuesten deutschen Aerztetage aufgestellten Thesen. Im großen Ganzen entspricht der Entwurf den Wünschen der Mehrzahl der preussischen Aerzte, und das Abgeordnetenhaus wird schwerlich wesentliche Abänderungen beschließen.

Am 31. Oktober wird der Ausschuss des preussischen Landeseisenbahnrats in Berlin zusammentreten, um u. A. über die Einführung ermäßigter Ausnahmestellen für russisches Petroleum von der russischen Grenze (Erdölquellen) hauptsächlich nach Berlin zu beraten. Die Frage stand bereits auf der Tagesordnung der am 23. und 24. Mai d. J. stattgefundenen Plenarsitzung des Eisenbahnrats und wurde damals an den Ausschuss überwiesen, damit derselbe insbesondere die entgegenstehenden Interessen der sächsisch-thüringischen Mineralöl-Industrie einer näheren Prüfung unterziehe. Schon vorher hatten die Handelsvertretungen von Hamburg, Bremen und Danzig ihre Bedenken gegen die Begünstigung des russischen Petroleum-Imports durch billige Ausnahmestellen auf Kosten des amerikanischen Petroleum-Geschäfts und verlangt, daß, wenn die preussische Eisenbahnverwaltung dennoch zur Einführung billiger Ausnahmestellen für russisches Petroleum sich entschließen, dieselben Einheitsätze auch den Tarifen von den deutschen Nord- und Ostseehäfen nach dem Inlande,

also für das amerikanische Petroleum, zu Grunde gelegt würden. Die Eisenbahnverwaltung scheint nunmehr, nachdem sie auch die von der inländischen Mineralöl-Industrie geäußerten Bedenken nicht für sich haltig erachtet, ersichtlich gesonnen zu sein, mit der billigeren Tarifierung des russischen Petroleum vorzugehen. Einem längeren Artikel der „Hamb. Nachr.“ entnehmen wir darüber:

„Die Eisenbahnverwaltung rechnet auf erhöhte Einnahmen aus dem Transporte des russischen Produkts auf langen Eisenbahnstrecken, während bekanntlich bei dem Transporte des amerikanischen Petroleum die Transporte auf der Wasserstraße z. B. ab Hamburg auf der Elbe, eine große Rolle spielen und die Bahnverwaltung hierbei kaum in der Lage ist, durch Einführung von Ausnahmestellen der Konkurrenz des Wasserwegs zu begegnen. Es ist also wesentlich ein eisenbahnwirtschaftliches Interesse, welches für die Einführung der billigen russischen Petroleumtarife ausschlaggebend ist; die Interessen der binnenländischen Mineralöl-Industrie sind nicht schwerwiegend genug, um dagegen in die Waagschale zu fallen, und den Bedenken der bisher das amerikanische Petroleum importirenden deutschen Seehäfen wird, als von einseitigen Handelsinteressen eingegeben, maßgebenden Orts kein großer Werth beigelegt, vielmehr wird den Interessenten der Rath ertheilt, sich in Zukunft dem Geschäft mit russischem Petroleum zuzuwenden. Zur Befolgung dieses Rathes wäre jedoch mindestens die Gleichstellung der Tarife von den deutschen Seehäfen nach dem Binnenlande mit den russischen Petroleumtarifen erforderlich, und es bleibt zu wünschen, daß die preussischen Eisenbahnen sich dieser Forderung auf die Dauer nicht verschließen möchten. Unter dem Material, welches dem Ausschusse des Landeseisenbahnrats zur Verathung der obigen Frage unterbreitet worden ist, verdient namentlich eine Rundgebung des Ministeriums für Handel und Gewerbe die größte Beachtung, aus welcher hervorgeht, daß diese maßgebende Stelle für die billige Tarifierung des russischen Petroleum ist. Das Schriftstück ist vom 8. September d. J. datirt.“

— Man schreibt der „National-Zeitung“ aus Brüssel:

„Ich theilte Ihnen bereits vor einigen Tagen mit, daß die Demission des kaiserlichen Ministeriums Malou, welches den öffentlichen Unterricht befristigen wollte, als sicher betrachtet werden müßte. Ein hervorragendes Mitglied dieses kaiserlichen Kabinetts, Herr Jacobs, erklärte selbst, daß die Lösung bei den Kommunalwahlen das neue Schulgesetz sein würde und so ist es auch vom ganzen Lande aufgefaßt worden. Die Liberalen haben nun nach den offiziellen Ziffern eine bisher unerhörte Stimmenmehrheit erzielt, da sie in den Wahlbezirken von Brüssel allein etwa 9000 Stimmen mehr erhielten als die Liberalen. Trotzdem wird jetzt behauptet, daß das Ministerium sich der Regierungsgewalt nicht entziehen wolle, um die Beendigung des Lateinunterrichts durchzuführen und ein kaiserliches Wahlgesetz zu schaffen.“

Andererseits erachten mehrere Deputirte der Majorität ihre Position nicht mehr für haltbar, während Jacobs und Boeske entschlossen sind, allem zu trotzen, indem sie bei ihrem Entschlusse „den Pflug zu beibehalten“ verharren. „Man wird sie also wohl“, schreibt ein gemäßigtes Organ der Linken, „zur Thür hinauswerfen müssen!“ Dies kann aber unmöglich so weiter gehen. Belgien bedarf der Ruhe; befindet es sich doch in Folge der kaiserlichen Mißwirtschaft bereits seit beinahe fünf Monaten in fieberhafter Aufregung. So lange nun das Ministerium Malou, das bei den jüngsten Wahlen in so entschiedener Weise verurtheilt worden ist, mit der Leitung der Geschäfte betraut bleibt, kann die Ruhe nicht wieder hergestellt werden. Im ganzen Lande läßt sich nur ein Aufschrei vernehmen: „Fort mit ihnen!“ Derselbe Ruf, welchen der kaiserliche Minister Boeske einst an die Adresse der Kommunalwähler richtete, von denen bereits 1500 ihrer Stellung berandt worden sind, damit ausländische Lehrbrüder und Lehrschwestern ihren Einzug in Belgien halten können.

Die belgischen Ministerien beugten sich bisher stets vor dem Willen der Nation, wie es in den Wahlen zum Ausdruck gelangte. Jetzt sehen wir zum ersten Male seit 54 Jahren das Gegenteil, aber das kann nicht fortauern; freiwillig oder gezwungen werden die Herren Malou, Jacobs und Boeske ins Privatleben zurücktreten müssen. Nach ihrer Entlassung wird wahrscheinlich die Kammerauflösung erfolgen, und wenn die gemäßigten Liberalen von Ruem zur Regierung gelangen, dann wird endlich das Land

seine Ruhe wiederfinden, aus welcher es durch den kaiserlichen Fanatismus gerissen wurde.“

Der belgische Ministerpräsident Malou hätte, wie anderweitig gemeldet wird, sein Portefeuille bereits niedergelegt. Wenn aber weiter verlautet, daß der kaiserliche Bevollmächtigte an Stelle Malou's das Präsidium übernehmen würde, so wäre diese „Lösung“ der herrschenden Schwierigkeiten durchaus verfehlt. Nachdem durch die jüngsten Gemeindevahlen erhärtet worden ist, daß das Land das kaiserliche Ministerium und dessen Schulgesetz mit Energie zurückweist, erscheint es unverständlich, wie ein anderes ultramontanes Kabinet einen Ausweg aus dem Dilemma finden soll. Als die einzig gebotene „Lösung“ erscheint vielmehr die Berufung eines liberalen Ministeriums in Verbindung mit der Kammerauflösung.

— Wie aus Petersburg, 24. Oktober, telegraphirt wird, macht ein amtliches Communiqué über den letzten Hochverrathesprozeß bekannt:

Am 24. September bis 28. September (10. Oktober) fand vor dem Petersburger Kriegsbezirksgericht die Prozeßverhandlung gegen 14 wegen Staatsverbrechen angeklagte Personen statt, welche demselben durch den Minister des Innern auf Grund einer durch den Kaiser bestätigten Verordnung zur Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit übergeben waren.

Das Kriegsgericht erkannte:

Die Edelmannstochter Vera Figner, die Priesterstochter Remolowsky und Surovsky, den Kaufmannsohn Spandow Basmandschy, den Edelmann Tschalkow, den Kaufmannsohn Iwanow, die Frau eines Arztes Ludmilla Wolkenstein, den Oberst Leutnant der Infanterie Aschenbrenner, den Stabskapitän der Artillerie Bogdanow, den Leutnant der Artillerie Rogatschew, den früheren Flottenleutnant Baron Stromberg, den Fähnrich des Flottenfeuermannskorps Juvatschew und den Sekondelieutenant der Infanterie Tschanowitsch

für schuldig der Zugehörigkeit zu einer gefährlichen Gesellschaft, welche den Sturz der in Russland bestehenden staatlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung bezweckt und dies mittelst Gewaltthaten in einer ganzen Reihe von verbrecherischen Attentaten auf den Kaiser Alexander II., welche mit dem Martyrertode desselben endeten, zum Ausdruck gebracht habe.

ferner für schuldig der Ermordung und Attentate auf Staatswürdenträger und Amtspersonen, sowie anderer zur Störung der Staatsoberordnung und der öffentlichen Sicherheit verübten Verbrechen.

Die Priesterstochter Tschanowanowa wurde dagegen der Angehörigkeit zu einer gefährlichen Vereinigung, welche den Umsturz des Staates für die Zukunft und nicht durch gewaltthätige Maßnahmen anstrebte, für schuldig gehalten.

Das Communiqué beschreibt ausführlich die Verbrechen eines jeden Angeklagten, und sagt in Bezug auf die Vera Figner, daß dieselbe Agentin des Erblastvolontärs ihres Vaters war und thätlich an der verbrecherischen Propaganda unter dem Vorzeichen der Kirche in Petersburg 1876, an dem Kongresse der sozialen revolutionären Vereinigung 1879, an dem Defesser Attentate gegen den Kaiser Alexander 1879, an den Vorbereitungen zur Sprengung des kaiserlichen Wohnhauses in Moskau, der Anfertigung der Sprenggeschosse für die Nordbahn am 13. März 1881, an der Organisation der verbrecherischen Arbeiterzettel in Petersburg 1880, an der Ermordung Strelnikows in Detsch 1882 und an der Organisation revolutionärer Kreise unter dem Militär nach dem Programm der geheimen Gesellschaft „Narodnaja Wolja“.

Rogatschew unterhielt Beziehungen zu Schljabow, Sutschanow u. c., betrieb revolutionäre Propaganda unter dem Militär in Helfingfors, übernahm nach dem Attentat am 13. März von Sutschanow die Druckereigeschäfte und verbrecherischen Drucksachen, und vermittelte dieselben bei sich in Petersburg, übernahm 1882 im Auftrage eines verbrecherischen Vereins eine Reise in das nordwestliche Gebiet, wo er Offiziere zur Bildung kriegerischer revolutionärer Gruppen aufforderte und leitete im Herbst 1883 der Aufforderung der Vera Figner Folge, den Abschied zu nehmen und die sogenannte „Bojewaja Druschina“ (Kampfdruschinen) zu organisiren.

Stromberg verkehrte mit Sutschanow, Schljabow u. s. w., und wurde eines der ersten Mitglieder des Petersburger zentralen militärisch-revolutionären Kreises.

Am 13. März befand sich Stromberg in der Wohnung Sutschanows, in welcher die Perowskaja erschien und zur Befreiung des arretirten Schljabow aufforderte; er nahm Theil an der Anfertigung lithographirter Proklamationen anlässlich des 13. März und an der Entsamung des Zubehörs zu der geheimen Druckerei, sowie des Dynamitvorrathes aus der Wohnung der Figner.

— Der Kaiser von Rußland hat, wie „S. L.“ meldet, von den im letzten Hochverrathesprozeß zum Tode Verurtheilten die Vera Figner und Ludmilla Wolkenstein, den Stabskapitän der Artillerie Bogdanow, den Oberleutnant der Infanterie Aschenbrenner, den Sekondelieutenant der Infanterie Tschanowitsch und den Fähnrich des Flottenfeuermannskorps Juvatschew, zu lebenslänglicher, resp. fünfjähriger Zwangsarbeit begnadigt. An den ebenfalls zum Strange Verurtheilten: dem früheren Flottenleutnant Baron Alexander Stromberg und dem Leutnant der Artillerie Rogatschew ist das Urtheil am 22. d. M. vollstreckt worden. Die übrigen Angeklagten, der Kaufmannsohn Wassily Iwanow, der Priesterstochter Apollon Remolowsky, der Edelmann Wladimir Tschalkoff, der Priesterstochter Dimitry Surovsky, der Kaufmannsohn Athanassy Spandow Basmandschy und die Priesterstochter Iwanow Tschanowanowa sind zu Zwangsarbeit von 4 bis 20 Jahren verurtheilt worden.

— Die Annäherung des Fürsten Biemarck und des Herrn Ferry — so schreibt man aus der französischen Hauptstadt — wird von den Pariser Karikaturisten weidlich ausgebeutet. Der französische Ministerpräsident mit dem flackernden Bartkotelet und der unabherrbaren Nase ist zwar niemals von den Männern des satyrischen Zeichnistiftes gütlich behandelt worden, diesmal aber spielen sie ihm ganz besonders übel mit. Die „Nouvelle Lune“ bringt eine Illustration, welche Ferry als Hausierer in aufgekrempten Hemde, meln in stunden Beträchtigung vor Bismarck's Karrikatur-Stulpenstiefeln zeigt. Darunter die Worte: „Soll ich wischen, oder soll ich nicht wischen?“ Ein anderes großes, kolorirtes Witzblatt „Le Grelot“ veranblichlicht, l'Alliance de Ferry et de Bismarck“, indem es Ferry als eine abgetriebene Schindmähre darstellt, welche, unter der Last des deutschen Kanzlers, fast zusammenbrechend, über ein Feld mit spitzen Steinen tritt. Namentlich die letztere Karrikatur war bald in sämtlichen Kiosks vergriffen.

Ausland.

Paris, 22. Oktober. Es ist ein Glück für Ferry, daß in Tonkin die Cholera nicht ausgeht, denn sonst wäre die Abfertigung von Truppen aus Algerien eine Tollheit. Im südlichen Frankreich ist die Cholera noch nicht erloschen und in Algerien im Steigen: erst gestern starben in Oran wieder 9 Personen. Nächster Tage gehen von Toulon wieder zwei Transportschiffe mit Truppen und Munition nach Tonkin. Merkwürdig genug, ist bisher noch kein Schiff, das Truppen aus Choleraergebenden brachte, unterwegs heimgesucht — oder die Heimsuchung ist verfehlt worden. Die 15,000 Mann, die Briere, und die 2800 Mann, die Courbet noch haben soll, wie heute in den offiziellen Organen gesagt wird, sind nur Figuren auf dem Papier; doch gesetzt, die Kammer bewilligte die Abfertigung von weiteren 10,000 Mann, wann werden sie an Ort und Stelle und selbstthätig sein? Nicht vor Ende des Jahres. Aber es ist und bleibt auch dann noch ein gefährliches Unternehmen, mit einer Handvoll Franzosen, wie die „Republique“ vorschwindelt, die Chinesen an der Grenze zu schlagen. Erst muß man sie doch bis an die Grenze hinausgeworfen haben, und sie stehen heute noch nicht bloß an der Grenze des Deltas, sondern in demselben, und die Franzosen sind auf die festen Plätze beschränkt; es ist nicht ganz so schlimm, wie zu Anfang des Kampfes unter Riviere, aber viel besser ist es unter Briere nicht. Und welche Anstrengungen haben diese geringen Fortschritte gekostet! Alle Mitglieder des Tonkin-Ausschusses sprachen sich in den Abtheilungen dafür aus, daß mit Tonkin ein Ende gemacht werden müsse; jedoch mit frommen Wünschen ist in Kriegshändeln nichts ausgerichtet; man wird, wenn China rasch bekehrt werden soll, mit Armeekorps und großen Artilleriemitteln für den Festungskrieg im Golf von Bisajüll nicht gehen dürfen. Die von Perin in den Abtheilungen vorgeschlagene Kriegskommission, die Ferry bezugnehmend ist, würde der jetzigen Mission nicht abhelfen, wenn die Kammer nicht großartige Bewilligungen machen und Campenon

